



Rede des Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Herbert Panofen, zum Haushalt 2010 am 17.03.2010

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren

Das gesamte Jahr 2009 hat uns das Wort Krise begleitet, in allen Bereichen des öffentlichen Lebens und in allen Medien. Noch immer spüren wir die Wirtschaftskrise, damit verbunden die Finanzkrise und ebenfalls die Krise am Arbeitsmarkt. Ganz besonders gibt es eine Krise der öffentlichen Haushalte.

Dazu gibt es die Aussage der Bundeskanzlerin aus dem letzten Jahr, dass uns die volle Wucht der Krise erst in diesem Jahr treffen wird.

Die Städte und Gemeinden sind von der Wirtschaftskrise besonders betroffen. Entscheidungen, die in Berlin oder Düsseldorf fallen, bedingen oftmals Veränderungen, die vor Ort umgesetzt werden müssen.

Es hilft uns nicht weiter, wenn wir jammern und klagen, wir müssen uns mit den Gegebenheiten auseinander setzen.

In NRW haben nur wenige Kommunen einen strukturell oder fiktiv ausgeglichenen Haushalt.

Ich könnte hier seitenlang über den Zusammenhang von Finanzkrise und Haushaltsdefizit unserer Stadt berichten, aber die Berichterstattung ist und war in allen Medien präsent.

Ich will es bei einem Zitat der Präsidentin des Deutschen Städtetages, Frau Roth, belassen:

„Die Kommunen liegen auf der Intensivstation. Der Verfall ihrer finanziellen Basis muss gestoppt werden. Sonst geht die Lebensqualität für die Menschen in den Städten verloren. Die Städte wollen trotz der Krise die elementar wichtigen Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger in guter Qualität sichern, sie wollen etwa die Kinderbetreuung ausbauen, zu guten Schulen beitragen und einen verlässlichen öffentlichen Nahverkehr anbieten. Unser Land kann es sich nicht leisten, dass seine Städte handlungsunfähig werden und die Angebote vor Ort mit dem Rotstift zusammenstreichen müssen“. - Ende des Zitats -

Die kommunalen Sozialaufwendungen sind in den letzten Jahren enorm gestiegen. Hier ist der Bund und das Land gefordert mehr als bisher die Kommunen zu entlasten. Eine Erhöhung der zweckgebundenen Zuschüsse zu den Sozialaufwendungen darf aber nicht mit einer gleichzeitigen Verringerung der pauschalen Schlüsselzuweisungen einhergehen. Die Kommunen benötigen einen höheren Zuschuss zu den Unterkunftskosten bei Hartz IV Empfängern. Zusätzliche Belastung entsteht durch die U3-Betreuung. Hier ist nicht nur eine Beteiligung an den Investitionen, sondern ebenfalls an den Betriebskosten erforderlich.

Kritisch zu sehen sind Gesetze von Bund und Land, die auf Dauer die Gemeinden belasten. Hier muss für einen gerechten Ausgleich gesorgt werden.

Zu diesen Themen sind wir in Gesprächen mit unseren Abgeordneten im Bund und im Land.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren

Für das letzte Jahr liegt das Abrechnungsergebnis für den ersten NKF-Haushalt vor. Im Ergebnisplan schließt der Haushalt mit einer schwarzen Null ab. Nur bedingt vergleichbar ist der Haushaltsplan des letzten Jahres mit dem heutigen Haushaltsplan, da noch keine NKF-Rechnungsergebnisse der einzelnen Kostenstellen im Haushaltsplan 2010 enthalten sind.

Anfang des letzten Jahres wurde noch ein hoher Einbruch der Gewerbesteuer prognostiziert. Der gute Branchenmix der Bocholter Wirtschaft hat dafür gesorgt, dass der vorausgesagte Einbruch der Gewerbesteuer nicht eingetroffen ist.

Trotz allem enthält der vorgelegte Haushaltsplan ein Defizit von 17 Mio EURO. Inzwischen gibt es Verbesserungen, das Defizit beträgt demnach 15,8 Mio EURO.

Lt. Aussagen des Kämmerers ist 1/3 des Defizites strukturell bedingt.

Unter diesen Bedingungen ist es richtig, im vorliegenden Haushaltsplan moderate Kürzungen zu akzeptieren und Erhöhungen bei der Hunde- und Vergnügungssteuer sowie den KAG-Beiträgen vorzunehmen.

Seien sie versichert, es hat in unserer Fraktion keine Freude ausgelöst, aber wir können die Augen nicht vor der Wirklichkeit verschließen. Verteilen ist immer einfacher, als etwas zurück nehmen zu müssen. Die CDU stellt sich diesen Herausforderungen.

Diese Veränderungen im Haushaltsplanentwurf reichen bei weitem nicht aus, um das strukturelle Defizit ausgleichen zu können.

Die CDU-Fraktion wird dem Haushaltsplan, mit den im Hauptausschuss beschlossenen Änderungen zustimmen. Mit dieser Zustimmung ist auch ein Stück Hoffnung verbunden, Hoffnung darauf, dass die Finanzkrise überwunden ist und die Wirtschaftsentwicklung 2010 ein Wirtschaftswachstum ausweist.

GKGK, was sagt uns diese Abkürzung? Hinter diesem Begriff steht der Satz gesunde Kinder in gesunden Kommunen. Einige Bocholter Grundschulen nehmen seit dem letzten Jahr an diesem Pilotprogramm teil. Ziel ist es durch Sport, Bewegung und richtige Ernährung die Grundlagen für die Gesunderhaltung weiter zu entwickeln.

Wenn das erste GK – gesunde Kinder - erreicht wird, wie lösen wir die 2. Hälfte dieses Kürzels? – gesunde Kommunen?

Sollte sich bei Aufstellung des Haushaltsplanes 2011 herausstellen, dass auf der Einnahmeseite keine wesentliche Verbesserung zu erwarten ist, dann werden wir bereits für das Jahr 2011 einen Haushaltsplan fordern, der so erstellt wird, als wenn wir uns bereits in der Haushaltssicherung befinden.

Auch unter diesen Bedingungen werden wir darauf achten, dass die soziale Struktur in unserer Stadt nicht beschädigt wird. Der Kämmerer hat zu diesem Thema gesagt: „Wenn wir sämtliche freiwilligen Leistungen streichen, dann würde das Ehrenamt in Bocholt brach liegen. Über Jahrzehnte lang gewachsene Strukturen im sozialen, sportlichen und kulturellen Bereich würden von heute auf morgen zusammen brechen – die Folgekosten, die auf die Stadt zukämen, wären um ein Vielfaches höher“.

Hierzu passt auch der Satz, den unser Dechant Dr. Winterkamp beim Kirmesempfang gesagt hat:

„Wir sollten Ideen entwickeln und Wege für die Zukunft aufzeigen. Wer keine eigenen Ideen habe, der möge doch nichts Bestehendes kaputt machen. Wer seinen Dienst noch tue, der dürfe nicht beschimpft und kaputt gemacht werden“.

Herr Bürgermeister, es ist das gemeinsame Ziel von Rat und Verwaltung den Haushalt zu konsolidieren und eine Haushaltssicherung zu vermeiden.

Einer der größten Haushaltsposten auf der Ausgabenseite sind die Personalkosten.

In der Sitzung des Ausschusses Haushaltskommission im September des letzten Jahres habe ich sie aufgefordert einen Einstellungsstopp für die Verwaltung zu veranlassen. Wenn es zur Konsolidierung des Haushalts keine Tabus geben darf, warum wehren sie sich dann gegen einen Einstellungsstopp? Wenn sie, Herr Bürgermeister, dieser Anregung gefolgt wären, dann wären sie auch Herr des Verfahrens für Ausnahmefälle geblieben. Da sie abgelehnt haben diesen Weg zu gehen, ist ein Ratsbeschluss erforderlich und die Verantwortung für Ausnahmefälle wird in den Ausschuss Personalauswahl gelegt.

Im Hauptausschuss hat die CDU vorgeschlagen, dass wie bisher auch weiterhin Auszubildende eingestellt werden sollen.

Damit kein Missverständnis aufkommt erkläre ich für die CDU-Fraktion, dass wir die Leistungen der Mitarbeiter der Verwaltung anerkennen. Bei einem Einstellungsstopp reden wir nicht von Einkommensreduzierungen oder Entlassungen.

In den letzten Jahren ist im öffentlichen Dienst durch Tarifvertrag eine Leistungszulage eingeführt worden. Im Tarifvertrag TvöD ist festgehalten, dass die Leistungszulage durch Umwidmungen, auslaufenden Besitzständen und künftigen Einkommensrunden erwirtschaftet werden soll. Welche tarifliche Grundlage hat die bei der Verwaltung eingeführte Leistungszulage für Beamte?

Mit Verabschiedung des Haushaltes 2009 ist auf Vorschlag der CDU ein Schuldendeckel in Höhe von 160 Mio EURO beschlossen worden. Für das Jahr 2013 hat der Kämmerer bereits angekündigt unter Einbeziehung der Kassenkredite den Schuldendeckel nicht halten zu können. Diese Aussage akzeptieren wir nicht. Es sind frühzeitig Maßnahmen zu ergreifen, die uns in die Lage versetzen diese Schuldenobergrenze einzuhalten.

Sinn und Zweck einer Schuldenobergrenze ist nicht diese zu zementieren, sondern diese als nicht zu übertretende Grenze zu definieren, von der die Schulden wieder reduziert werden.

Wir können nicht warten, bis uns das Wasser bis zum Hals steht, oder wie ein amerikanischer Investor gesagt hat: „Erst wenn die Ebbe kommt, sieht man, wer keine Badehose anhat“.

Ich weise in diesem Zusammenhang darauf hin, dass wir aus dem Konjunkturpaket II 8,2 Mio EURO erhalten haben. Ohne diese Bundesmittel wäre die Finanzierung der Investitionen bereits jetzt nur über Kredite möglich.

In ihren Reden erwähnen sie, Herr Bürgermeister, dass die Stadtverordnetenversammlung mit dem Beschluss zur Festlegung einer Schuldenobergrenze einen wichtigen Schritt getan hat. Für die CDU-Fraktion biete ich erneut eine Zusammenarbeit zur Haushaltskonsolidierung an.

Im Haushaltsplan ist als ein wesentlicher Baustein zur Haushaltskonsolidierung die Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit angeführt. Möglichkeiten der Zusammenarbeit gibt es u.a. beim ÖPNV, beim ESB, bei der Feuerwehr, bei den Stadtwerken oder auch bei den Lohnabrechnungen, um nur einige zu nennen. Die Stadtwerke verhandeln mit benachbarten Städten über eine Netzgesellschaft, unter Beibehaltung der Besitzstände der Mitarbeiter der BEW. Es kann nicht sein, dass mit den Nachbarstädten Emmerich und Borken Gespräche geführt werden, aber unsere direkte Nachbarstadt Rhede Gespräche verweigert.

Wenn sie, Herr Bürgermeister, die interkommunale Zusammenarbeit als wesentlich für die Zukunft betrachten, dann unterstützen sie diese Bemühungen.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren

In den nächsten Jahren wird die Regionale 2016 einige Entscheidungen von der Stadtverordnetenversammlung verlangen.

Es gibt bereits Gedankenspiele für einige Projekte, z.B. das Projekt Industriestraße. Hier hat ein städtebaulicher Wettbewerb bereits eine mögliche Struktur aufgezeigt. Allen ist bekannt, dass das gesamte Areal sich nicht im Eigentum der Stadt befindet.

Bisher hat es zur Regionale keine Diskussion über finanzielle Auswirkungen für die Stadt gegeben.

Für die CDU stellen sich zu diesem Thema mehrere gleichrangige Fragen:

Bei Förderung durch das Land wird ein Anteil der Stadt erforderlich sein, können wir uns diesen leisten?

Können wir es uns als Stadt erlauben auf Fördermittel im Rahmen der Regionale zu verzichten?

Wie können die Eigentümer eingebunden werden?

Wir sind uns darüber klar, dass eine Entscheidung durch die Stadtverordnetenversammlung im Jahr 2011/2012 fallen muss.

Nachdem der Investor zur Entwicklung Benölkenplatz / Kaisereck abgesprungen ist, muss kurzfristig eine Entscheidung über das weitere Vorgehen fallen.

Durch den Beschluss des Georgs-Gymnasiums ab dem Schuljahr 2011/2012 schrittweise den Ganztagsunterricht einzuführen, ist die Raumfrage neben dem geplanten Bau der Mensa für die geänderte Schulform schnellstens zu klären. Ich erinnere an die Diskussion das Hotel Kaisereck abzureißen und die Möglichkeit zu prüfen, ob bis zur Vermarktung des Grundstückes ein Parkplatz auf diesem Gelände möglich ist.

Im September des letzten Jahres haben wir den Rahmenplan Nord verabschiedet. Die CDU setzt sich nach wie vor dafür ein den Nordring in Teilabschnitten zu realisieren, beginnend mit der Spange zwischen Barloer- und Burloer Weg. Es ist richtig die Planungen für diesen Teilbereich fertigzustellen.

In diesem Jahr wird die neue Feuer- und Rettungswache an der Dingdener Straße fertiggestellt. Dann ist das größte Bauprojekt der letzten und vermutlich auch der nächsten Jahre abgeschlossen. Bereits jetzt stellt sich die Frage, wie wird das Gelände an der Bleiche zukünftig genutzt. Die Entscheidung über die Folgenutzung sollten wir in diesem Jahr treffen.

Seit einigen Jahren laufen die Planungen zur Erstellung des GuD-Kraftwerkes im Industriepark. Das Grundstück ist im Besitz der Investoren, die Genehmigungen sind erteilt, was fehlt ist die endgültige Finanzierung des über 300 Mio Euro Projektes. Ende letzten Jahres wurde angekündigt, dass im Frühjahr 2010 Baubeginn sein wird. Wir hoffen auf eine baldige Realisierung.

Der Industriepark wird in südlicher Richtung vergrößert, die Bauarbeiten werden in diesem Jahr abgeschlossen. Weitere Unternehmen haben dann in Bocholt zusätzliche Niederlassungsmöglichkeiten zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

Im Technologiepark wurde für eine Erweiterung der Gebäude "Innocent" in diesem Jahr der erste Spatenstich vorgenommen. Hier wird auch weiterhin Hochschulabgängern und Jungunternehmern der Start in die Selbstständigkeit durch Anmietung von Räumlichkeiten in der Nähe der FH erleichtert.

Die Fachhochschule in Bocholt bietet einen weiteren Studiengang "Bionik" an und entwickelt sich auch gebäudemäßig weiter. Ein weiterer Bauabschnitt wird zur Zeit erstellt und kann sicherlich bald von Professoren und Studierenden bezogen werden.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren

Im Jahr 2008 hat die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag der CDU-Fraktion beschlossen eine Stelle einzurichten, die sich fachübergreifend mit den Fragen und Herausforderungen der demographischen Entwicklung beschäftigt. Inzwischen ist diese Stelle eingerichtet worden. Erfreulicherweise musste hierfür keine zusätzliche Planstelle generiert werden, die Besetzung konnte aus dem vorhandenen Stellenpool vorgenommen werden.

Der Demographiebeauftragte muss nicht nur auf dem Papier eine Planstelle besetzen, er muss eingebunden werden in künftige städtische Entwicklungen. Es wird seine Aufgabe sein dafür zu sorgen, dass bei Planungen die Bevölkerungsentwicklung berücksichtigt wird, z.B. bei der Entwicklung von Bauland.

Die demographische Entwicklung verändert in Zukunft die Altersstruktur auch in unserer Stadt erheblich. Die Prognose der Bevölkerungsentwicklung in den Städten und Gemeinden in NRW bis zum Jahr 2030 zeigt einen Rückgang der Bevölkerung für Bocholt auf 70.630 Einwohner. Mit über 30 % wird der Rückgang innerhalb der Altersgruppe zwischen 10 und 25 Jahren prognostiziert, die Altersgruppe von 60-80 Jahren steigt um 36 % und der Anteil der über 80-jährigen um 78 %.

Wir können diese Zahlen nicht ignorieren. Die Zeit drängt, auch unsere Infrastruktur muss den sich ändernden Verhältnissen angepasst werden.

Infolge der Entwicklung der Schülerzahlen haben wir mit Schließung der Pfarrer-Wigger-Schule in Suderwick auf die geringen Anmeldezahlen reagiert. Von der Verwaltung erwarten wir einen Schulentwicklungsplan, der die Entwicklung der Schülerzahlen für Bocholt berücksichtigt.

Die Eltern haben Anspruch auf Klarheit und benötigen langfristige Perspektiven für ihre Kinder.

Seit dem Schuljahr 2008-2009 gibt es den Grundschulverbund Diepenbrock mit Diepenbrockschule und Pestalozzischule. Gelehrt wird nach der Montessoripädagogik. Da es sich hierbei um Schulen für das gesamte Stadtgebiet handelt, ist es sinnvoll einen Standort im Bocholter Osten zu erhalten und nicht beide Schulen in 100 Meter Entfernung voneinander in der Innenstadt zu konzentrieren.

Bereits mit Beginn des laufenden Schuljahres hat die Arnold-Janssen-Schule den Ganztagsunterricht aufgenommen. Mit der Einführung des Ganztagsunterrichts am Georgs-Gymnasium kommen wir unserem Ziel näher, für alle Schulformen in Bocholt den Ganztagsunterricht anzubieten.

Priorität muss auch in Zukunft die Bildung und Betreuung unser Kinder haben.

Wesentliche Voraussetzung für eine zukunftsfähige Gesellschaft ist eine qualifizierte Bildung unserer jungen Generation.

Die Veränderung in der Altersstruktur betrifft alle gesellschaftlichen Bereiche. Der Vereinssport und auch die Musikschule müssen zusätzlich berücksichtigen, dass viele Schüler nachmittags durch Unterricht oder offene Ganztagsschule anderweitig gebunden sind.

Der Deutsche Olympische Sportbund weist darauf hin, dass der demographische Wandel auch den Sport erreicht hat. Dieser Wandel wird den Sport weiterhin in vielfältiger, verstärkt innovativer Weise in Bewegung halten. Klar ist: „In vielen Bereichen des öffentlichen Lebens werden Nachwuchsmangel und gesellschaftliche Alterung unübersehbare Spuren hinterlassen, so zweifelsfrei auch in unseren Vereinen.“ Dennoch bieten die sich ändernden Rahmenbedingungen gerade dem organisierten Sport keineswegs nur Risiken und Nachteile, sondern vor allem auch Chancen und Entwicklungspotenziale – und zwar auf breiter Ebene.

Wettkampfsport wird überwiegend in der Altersgruppe von 10-30 Jahren ausgeübt, hier ist allerdings der Rückgang der Bevölkerung lt. Prognose am stärksten. Unsere Vereine müssen sich auf diese veränderte Bevölkerungsstruktur einstellen.

Erfreulich ist hier die Fusion der Vereine TV Bocholt und TV Phönix. Hier ist unter dem Namen TSV Bocholt ein leistungsstarker Verein entstanden. Die CDU steht auch unter den jetzigen Bedingungen zu der Verlagerung an den Hünting, es handelt sich nicht um eine Ausweitung von Sportanlagen und Clubheimen, sondern um eine Reduzierung.

In diesem Zusammenhang fordern wir schnellstens die Planung zur Vermarktung des Phönix-Geländes als Finanzierungsbeitrag für die Verlagerung an den Hünting.

Wenn unsere Sportvereine die vorgelegten Zahlen nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern auch danach handeln, werden wir auch in Zukunft leistungsstarke Vereine haben.

Zusammenarbeit benachbarter Vereine bis hin zur Fusion wird in Zukunft trotz aller Tradition unumgänglich sein.

Jugend ist unsere Zukunft.

Im Jugendhilfeausschuss wurde beschlossen einen Kinder- und Jugendförderplan zu erstellen. Beauftragt wurde hiermit die Gesellschaft für Beratung und sozialer Innovation und Informationstechnologie. Ziel ist es, ein Konzept für eine zukunftsorientierte Kinder- und Jugendarbeit zu formulieren.

Wir warten die Ergebnisse ab, dann sollten wir die politische Diskussion führen.

Zur Verbesserung des Jugendschutzes sind auch in Bocholt Jugendliche zu Testkäufen eingesetzt worden. Hier gibt es immer wieder eine Diskussion über das Für und Wider solcher Aktionen. Für die CDU Fraktion erkläre ich, dass wir diese Maßnahme zur Durchsetzung des Jugendschutzgesetzes unterstützen, wenn die jugendlichen Testkäufer sich freiwillig zur Verfügung stellen und von Verantwortlichen begleitet werden.

Sozialpolitik ist ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft. Nur dann, wenn sich die Bürger wohl fühlen und sich integrieren können, kann Gemeinwesen gedeihen. Der Sozialbereich eignet sich nicht für Sparbemühungen. Gleichwohl gilt, dass wir das Subsidiaritätsprinzip immer wieder vor allem anderen setzen. Dort wo der private Sektor etwas schneller, besser und kostengünstiger als die öffentliche Hand machen kann, wird der private Sektor Vorrang genießen.

Auch Bocholts Bevölkerung altert. Senioren brauchen Hilfe, Senioren brauchen Ansprechpartner vor Ort. Lange Wege oder Antworten nur im Internet bieten für Senioren keine wirkliche Lösung. Einige hier im Saal dürfen bereits heute den Titel eines Seniors tragen, andere werden in kleineren oder größeren Abständen folgen. Wir fordern sie auf, Herr Bürgermeister, stellen sie sicher, dass die Leistungen des Seniorenbüros für die Senioren vor Ort erhalten bleiben.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren

In der letzten Ratssitzung ist uns der neue Bereich Kultur vorgestellt worden. Die CDU-Fraktion stützt diese Veränderung, wir betrachten diese Veränderung als Stärkung der Kultur. Wir hoffen, dass unter der neuen Organisation das Stadttheater nach einer gelungenen 100-Jahrfeier auch das nächste Jubiläum gebührend feiern kann.

Gestatten sie mir dennoch eine Anmerkung.

Die CDU hat in 2006 den Antrag gestellt zu prüfen, ob es im Rahmen einer Zusammenlegung von Musikschule und VHS zu einer Organisationseinheit zu Synergieeffekten kommen kann. Dieser Prüfantrag hatte das Ziel die Leistungen dieser Einrichtungen zu erhalten, aber offen zu sein für geänderte Organisationsformen, so unsere damalige Begründung.

Ich will hier die damalige Empörung über diesen Antrag nicht wiederholen. Aber gestatten sie mir den Hinweis, dass auch sinnvolle Anträge manchmal mehr als ein Jahr brauchen, bis die Einsicht reift.

Auch in diesem Jahr macht Stadtmarketing wieder von sich reden: „Ab in die Mitte“, Bocholt ist zum 7. Mal dabei. Das Projekt „Ravardistraße meets Innenstadt“ trägt zur Attraktivitätssteigerung Bocholts als Einkaufsstadt bei.

Probleme bereiten uns nach wie vor einige Leerstände in der Innenstadt, besonders die Gebäude Karstadt und Sinn-Leffers und das alte C&A Gebäude.

Erfreulicherweise gründet sich in der Osterstraße eine ISG Osterstraße. Die positiven Erfahrungen mit dem Verein ISG Nordstraße geben Hoffnung, dass auch die Osterstraße sich entsprechend entwickeln wird.

Für die CDU-Fraktion bedanke ich mich bei allen, die mithelfen, dass die Lebensqualität in unserer Stadt erhalten bleibt.

Unsere Vereine, alle ehrenamtlichen Mitarbeiter im sozialen, kirchlichen, kulturellen und sportlichen Bereich tragen wesentlich dazu bei, dass unser Gemeinwesen funktioniert.

Bedanken möchte ich mich auch bei den Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit, Herr Bürgermeister, geben sie diesen Dank bitte an die Mitarbeiter weiter.